



Energie-Control Austria für die Regulierung
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
(E-Control)
Rudolfplatz 13a
1010 Wien

E-Mail: energieeffizienz@e-control.at

BUNDESARBEITSKAMMER

PRINZ-EUGEN-STRASSE 20-22
1040 WIEN
www.arbeiterkammer.at
erreichbar mit der Linie D

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel	501 65	Fax	501 65	Datum
	WP-GSt/Ma/PI	Sandra Matzinger	DW	13732	DW	143732	10.07.2023
		Clemens Berger	DW	13702	DW	143702	

Individuelle-Verbrauchsdatenerfassung-Verordnung (EEff-IVEV)

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Übermittlung des Entwurfs und nimmt dazu wie folgt Stellung.

Die Verordnung zur individuellen Verbrauchsdatenerfassung (EEff-IVEV) dient der Konkretisierung des § 54 Bundes-Energieeffizienzgesetz (EEffG). Ziel ist dabei, die technische und wirtschaftliche Machbarkeit von individueller Verbrauchsdatenerfassung für Raumwärme, Raumkälte und Trinkwarmwasser festzulegen.

- In der Verordnung sollte unmissverständlich festgehalten werden, dass sie keine Verschiebung der wohnzivilrechtlichen Bestimmungen über die Tragung von Kosten zwischen Mieter:innen und Vermieter:innen bzw Wohnungseigentümer:innen und der Eigentümergemeinschaft bezweckt. Danach sind die Kosten der Installation von Messvorrichtungen und der Abrechnung regelmäßig von den Vermietenden zu bezahlen, während die Energiekosten in der Regel durch die Mietenden zu bezahlen sind.
- Die Studie des Dienstleisters „e7 – Energie Markt Analyse GmbH“, an der sich die Verordnung im Hinblick auf die Beurteilung des Kosteneffizienzkriteriums bei Einbau von individuellen Verbrauchsmessinstrumenten orientiert, empfiehlt eine generelle Ausnahme für Gebäude nach dem Baustandard OIB RL 2019 und neuere. Diese Empfehlung sollte in diese Verordnung mitaufgenommen werden.
- Hinsichtlich der nach § 6 zu berücksichtigenden Kosten bedarf es einer Klarstellung in Bezug auf das Verhältnis der theoretischen Kostenbelastung zur tatsächlichen Kostenbelastung.
- Der Umstand, dass in Gebäuden unter Umständen mehrere Heizsysteme installiert sind oder die Verbrauchserfassung aufgrund unterschiedlicher Heizwärmebedarfe

unterschiedlich kosteneffizient sein kann, ist in der Verordnung nicht berücksichtigt. Aus Gleichheitserwägungen ist daher auf die unterschiedlichen technischen Voraussetzungen Rücksicht zu nehmen.

Insbesondere möchte die BAK darauf hinweisen, dass **aus der Verordnung klar hervorgehen muss, dass sich durch die Verbrauchererfassung keine zusätzlichen Kosten für Mieter:innen ergeben!** Die Kosten der Ausstattung mit Messvorrichtungen sind weiterhin von den Vermieter:innen zu tragen, jene für die Abrechnung ebenfalls von den Vermieter:innen aus den Verwaltungskosten. Eine Ausstattung mit Messvorrichtungen darf nur dann erfolgen, wenn sie tatsächlich kosteneffizient ist.

Zu ausgewählten Bestimmungen im Detail:

Zu § 2 - Begriffsbestimmungen

Die Verordnung definiert die Abrechnung als die Aufstellung der tatsächlich angefallenen Energieverbräuche und -kosten bezogen auf einen angegebenen Zeitraum.

Aktuell enthält die Verordnung den Begriff der Abrechnung nur in ihrem § 5 Abs 4 und diese ist nur zur Ermittlung des Energieverbrauches relevant. Im Sinne des § 54 Abs 7 Z 3 EEffG muss die Abrechnung aber auch bei der Beurteilung der Kosteneffizienz Berücksichtigung finden und es ist daher § 6 der Verordnung um die Kosten der Abrechnung zu ergänzen.

Nachdem die Installation individueller Verbrauchserfassungsgeräte im Regelfall dazu führt, dass eine Abrechnung im Sinne des Heiz- und Kältekostenabrechnungsgesetzes (HeizKG) zu erstellen ist, sollte sich die Legaldefinition der Abrechnung und damit die sich aus dieser ergebenden Kosten am dritten Abschnitt des HeizKG orientieren, weil die Abrechnung im Sinne des HeizKG mehr umfasst als nur die gegenständliche Definition.

Die gegenständliche Verordnung führt den Begriff der Nutzungseinheit ein, der sich von jenem des Nutzungsobjektes im Sinne des HeizKG unterscheidet. Es sollte daher der Begriff des Nutzungsobjektes im Sinne des § 2 Z 5 HeizKG herangezogen werden.

Zu § 3 Abs 2 - Technische Machbarkeit

Die Bestimmung regelt die technische Machbarkeit der Verbrauchserfassung mittels Wärmezählern. Keine Regelung findet sich zur Machbarkeit der Verbrauchserfassung mittels Heizkostenverteiler, woraus sich in Zusammenschau mit § 3 Abs 1 der Verordnung ergibt, dass die Installation von Heizkostenverteiler jedenfalls technisch machbar ist. Das ist aber etwa bei einer Wärmeversorgung mittels Bauteilaktivierung nicht der Fall und hätte zum Ergebnis, dass ein Antrag auf Ausstattung mit Heizkostenverteiler als technisch machbar und im Sinne des § 5 Abs 2 Z 1 der Verordnung als mit einer Energieeinsparung von 18,75 % oder 15 % verbunden anzusehen wäre. Da nach § 54 Abs 5 EEffG die Installation von Heizkostenverteiler nur kosteneffizient sein muss und nicht auf die technische Machbarkeit abgestellt wird, muss die technische Machbarkeit im Rahmen der Kosteneffizienz mitberücksichtigt werden. In den Fällen, in denen Heizkostenverteiler sinnlos sind, weil sie den tatsächlichen Wärmeverbrauch nicht wiedergeben, kann eine Ausstattung nicht kosteneffizient sein.

Zu § 4 Abs 2 - Beurteilung der Kosteneffizienz

Die Beurteilung der Kosteneffizienz wird anhand eines Zeitraumes von fünf Jahren ab dem Beurteilungszeitpunkt vorgenommen. Bei gemeinschaftlichen Versorgungsanlagen werden die Preise für Energie überwiegend anhand von Börsenpreisen indexiert. Die Preisentwicklungen an den Börsen sind aber mit Unsicherheiten verbunden. Das Kostenrisiko tragen nach aktueller Rechtslage und den vorherrschenden Contracting-Modellen die Endkund:innen.

Zu § 5 - Energiekosteneinsparung durch individuelle Verbrauchserfassung und Fernablesbarkeit

In Abs 2 und 3 werden fixe Prozentsätze für Einsparungen durch Verbrauchserfassung vorgegeben. Die Prozentsätze beziehen sich auf die in Abs 4 genannte Basis des Energieverbrauches. Der Begriff Energieverbrauch bedarf einer Klarstellung, da der Energieverbrauch selbst im Sinne des § 7 Z 22 EEffG idF BGBl 59/2023 vom Zählpunkt abhängig ist. So kann mit dem Begriff Energieverbrauch der Verbrauch in der jeweiligen Wohneinheit, im Gebäude oder in der wirtschaftlichen Einheit gemeint sein.

Weiters werden in den Abs 2 und 3 bestimmte Verbrauchserfassungssysteme mit fixen Einsparungswerten verknüpft. Es bedarf einer Klarstellung, dass es sich dabei um widerlegbare Kenngrößen handelt. Der Betrachtungszeitraum für Energiekosteneinsparungen beläuft sich iSd § 4 Abs 2 der Verordnung auf fünf Jahre. Sind bereits Verbrauchszähler installiert, kann daher im Sinne der Verordnung nach fünf Jahren eine neue Einschätzung vorgenommen werden. Liegen bereits Abrechnungen vor, aus denen sich die tatsächliche Einsparung durch die Verbrauchserfassung ableiten lässt, ist auf die tatsächliche Einsparung abzustellen. Eine Betrachtung nach erstmaliger Ausstattung mit Wärmezählern hat daher an der tatsächlichen Einsparung ansetzen.

Zu § 6 - Mehrkosten durch individuelle Verbrauchserfassung und Fernablesbarkeit

Die Bestimmung nimmt nicht darauf Bezug, ob auf tatsächliche oder theoretische Kosten abgestellt wird. Vernünftig wäre es, dem Verpflichteten die Möglichkeit zur Einholung dreier Angebote einzuräumen, wobei diesfalls die tatsächlichen Kosten angesetzt werden müssen. Werden die Kosten im Zuge der Beurteilung in der nach Erfahrungssätzen erwartbaren Höhe angenommen, muss die Möglichkeit geschaffen werden, nach Einholung dreier verbindlicher Kostenvoranschläge die Berechnung aufgrund der im günstigsten Kostenvoranschlag angeführten Preise vorzunehmen.

In die Beurteilung sollte auch die Kostendifferenz zwischen Heizkostenverteilern und Wärmezählern einbezogen werden.

Die Kosten der Abrechnung nach dem HeizKG sind ebenfalls zu berücksichtigen und in die Aufzählung des § 6 der Verordnung aufzunehmen.

Die BAK ersucht um Berücksichtigung ihrer Anliegen und Anregungen.

